

**Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 17. Mai 1999**

**Sehr geehrter** Herr Präsident Sehr geehrte Damen und Herren

Pflichtgemäss und gleichzeitig auch gerne erstatte ich Ihnen in obenerwähnter Sache namens und im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug gemäss § 107 Abs. 2 GG sowie den §§ 13 und 20 GSO folgenden

**Bericht:**

1. Ausgangslage

Die laufende Rechnung 1998 der Einwohnergemeinde Zug schliesst bei einem Aufwand (inklusive Abschreibungen und interne Verrechnungen) von Fr. 154'052'397.66 und einem Ertrag von Fr. 163'811'647.06 mit einem Überschuss von Fr. 9'759'249.40. Einmal mehr liegt also ein erfreuliches Ergebnis vor, welches sich wiederum gegenüber dem Voranschlag - vor allem dank höher als erwartet eingegangenen Steuern der natürlichen Personen - deutlich besser darstellt, als vor eineinhalb Jahren budgetiert. Mithin haben wir es mit einem Abschluss zu tun, der - zumindest prima vista - in verschiedenen Punkten demjenigen des Vorjahres äusserst ähnlich erscheint.

Die Investitionsrechnung des Jahres 1998 weist Ausgaben von Fr. 26'409'203.05 und Einnahmen von Fr. 1'853'619.90 auf, woraus sich für die Stadt Zug im vergangenen Jahr Nettoinvestitionen von Fr. 24'555'583.15 ergeben. Diese liegen rund 10 Millionen Franken über dem Wert von 1997. Die ehrgeizig budgetierten rund Franken 31 Millionen wurden indessen doch recht deutlich nicht erreicht.

Wie bereits vor einem Jahr legt uns der Stadtrat als Vorlage 1469 zwei umfassende Dokumente vor, nämlich einerseits den Verwaltungsbericht 1998, welcher zusätzlich an sämtliche Haushaltungen der Stadt Zug versandt wurde, sowie die Rechnung 1998, welche von der Bevölkerung bei der Stadtkanzlei angefordert werden kann.

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) der Stadt Zug, welche sich mit der eigentlichen Prüfung der Verwaltungsrechnung (Bestandesrechnung, laufende Rechnung und Investitionsrechnung) auseinandersetzt (vgl. §§ 94 - 96 sowie 118 Gemeindegesetz bzw. § 24 Abs. 2 GO), beantragt dem GGR mit Bericht und Antrag vom 22. April 1999 (GGR-Vorlage 1469.1) unter anderem, die Rechnung der Einwohnergemeinde Zug für das Jahr 1998 sei zu genehmigen.

Mit separat vorliegendem Beschlussesentwurf beantragt der Stadtrat dem GGR, die Verwaltungsrechnung 1998 und den Verwaltungsbericht 1998 zu genehmigen. Zusätzlich soll der GGR die Abrechnungen von zehn, in der Jahresrechnung auf Seite 60 aufgelisteten Verpflichtungskrediten im Gesamtbetrag von Fr. 49'192'895.45 und mit Bruttoaufwendungen von Fr. 23'831'962.15 genehmigen.

Sodann sei daran erinnert, dass es unter anderem gesetzliche Aufgabe und Pflicht der Geschäftsprüfungskommission ist, jährlich den **Verwaltungsbericht vorzubereiten (§ 24 Abs. 1 GO) bzw.** die Jahresrechnung, den Verwaltungsbericht und alle Geschäfte mit finanziellen Folgen zu prüfen (§ 13 GSO).

z. Ablauf der Kommissionsarbeit

Sämtliche GPK-Mitglieder beschäftigten sich bereits vor der eigentlichen Sitzung zu diesem Geschäft umfassend mit der Vorlage 1469. Die Rechnungsablage und vor allem der Verwaltungsbericht der einzelnen Verwaltungsabteilungen wurden vor der Sitzung von je einem Kommissionsmitglied besonders unter die Lupe genommen. Dazu fanden in den einzelnen Abteilungen mehr oder weniger ergiebige

Gespräche mit den Abteilungschefs bzw. der Schulpräsidentin und/oder den Chefbeamtinnen und beamten statt.

Am 17. Mai 1999 behandelte die Geschäftsprüfungskommission mit Vollbestand im Rahmen der hiezu üblichen Ganztagesessung die Vorlage Nr. 1469. Den ganzen Tag anwesend waren der städtische Finanzpräsident, Stadtpräsident Chr. Luchsinger, und der Finanzsekretär, J. Pfulg. Die übrigen Abteilungschefs bzw. die Schulpräsidentin waren jeweils bei der Behandlung ihrer Abteilung für ca. eine Stunde anwesend.

Eintreten auf das Geschäft wurde zu Beginn unserer Beratungen ohne eigentliche Diskussion stillschweigend beschlossen.

Sodann wurden - neben einer allgemeinen finanzpolitischen Betrachtung - sowohl Verwaltungsbericht als auch Verwaltungsrechnung der Einwohnergemeinde Zug für das Jahr 1998 abteilungsweise durchberaten. Sämtliche in der Kommission aufgeworfenen Fragen konnten an Ort und Stelle beantwortet werden, oder es wurde deren Beantwortung im Rahmen der Protokollausfertigung versprochen.

Zusätzlich durfte die GPK auch den Präsidenten der RPK, F. Dörflinger, zu einer kurzen Aussprache begrüßen. Nach einer gerafften Erläuterung seines Berichtes gab F. Dörflinger an, jedes RPK-Mitglied habe sich intensiv mit der Jahresrechnung einer Abteilung auseinandergesetzt, wobei die Aufteilung folgende gewesen sei:

- Präsidial- und Finanzabteilung:	F. Dörflinger
- Schulabteilung:	A. Schaufelberger
- Bauabteilung und Investitionsrechnung:	E. Oehler
- Sicherheitsabteilung:	O. Birri
- SGU-Abteilung	M. Leuthard

F. Dörflinger wies sodann darauf hin, dass sämtliche RPK-Mitglieder - und somit auch die drei neuen Amtsträger seiner Kommission - guten Kontakt zur Verwaltung gefunden hätten. Die Auskunftsbereitschaft sei in allen Verwaltungsabteilungen sehr gross gewesen. Bezahlt gemacht habe sich auch, dass mit der Firma "ATAG Ernst & Young AG, Zug" eine professionelle externe Revisionsstelle mit Teilprüfungen im Bereich der Bestandesrechnung habe beauftragt werden können. Diese Revisionsstelle habe einen sehr guten Bericht abgeliefert, welcher auch verschieden äusserst brauchbare Empfehlungen enthalten habe, so z.B. die Abschreibung der aktivierten Grundverbilligung für die städtische Wohnüberbauung Herti. Weiter habe sich auch die neue städtische Finanzverordnung, welche seit dem 01.04.1999 in Kraft sei, als äusserst brauchbares Instrument positiv auf die Arbeit der RPK ausgewirkt.

Nach Ansicht F. Dörfingers drängten sich seitens der RPK keine besonderen Kommentare oder Bemerkungen zur Vorlage 1469 auf. Auf Nachfrage bestätigte F. Dörflinger schliesslich, dass sämtliche Pendenzen, welche im Rahmen seiner letztjährigen Berichtgabe der GPK zur Kenntnis gebracht worden sind, hätten behoben werden können. Heute bestünden in der RPK bzw. bei deren Mitgliedern nur noch einige wenige, unwesentliche Pendenzen.

Bei der Behandlung der einzelnen Verwaltungsabteilungen konzentrierte sich die GPK in diesem Jahr vermehrt auf die Vorberatung des Verwaltungsberichtes sowie **darauf, Gesamtwertungen der Arbeit der einzelnen Abteilungen** mit den jeweiligen Abteilungschefs bzw. der Schulpräsidentin zu erarbeiten. Demgegenüber gaben die laufende Rechnung sowie die Investitionsrechnungen der sechs Abteilungen in der Kommission nur in sehr wenigen Punkten zu wirklicher Diskussion Anlass, so dass diesbezüglich vorab auf **die Arbeit der RPK** sowie das umfassende GPK-Protokoll vom 21. Mai 1999 verwiesen werden kann.

Im Rahmen der getrennt durchgeführten Abstimmungen zu den drei ersten Ziffern des uns unterbreiteten Beschlussesentwurfes unterstützte die GPK:

- mit 7:0 Stimmen die Genehmigung von Verwaltungsbericht und Rechnung 1998, - mit 6:1 Stimmen die Abrechnungen der zehn Verpflichtungskredite sowie - mit 7:0 den Antrag des Kommissionspräsidenten, Ziffer 3 ersatzlos zu streichen.

In der Schlussabstimmung unterstützte die GPK den stadträtlichen Antrag bzw. den in einem formellen Punkt geänderten Beschlussesentwurf mit 7:0 Stimmen.

### 3. Wichtigste Diskussionspunkte und Erwägungen der Kommission

#### A) Allgemeines zum Jahresabschluss der Stadt Zug per 31.12.1998

Natürlich zeigt sich auch die GPK mit dem Stadtrat erfreut darüber, dass die laufende Rechnung des Jahres 1998 mit einem satten Gewinn von Fr. 9,76 Millionen abschliesst. Indessen darf dieses Ergebnis nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Personalaufwand, obwohl die voranschlagten 0,8% Teuerung auf den Gehältern gar nicht beansprucht wurden, trotzdem höher als budgetiert ausfiel. Diese Steigerung ist offenbar vor allem auf eine einmalige Speisung der fünf individuellen Vorsorgekonti der amtierenden Stadträte gemäss neuem Vorsorgereglement zurückzuführen. Auch beim Sachaufwand fällt eine Ausgabensteigerung gegenüber dem Vorjahr von fast einer Million Franken auf. Tatsächlich ist also praktisch ausschliesslich der Mehrertrag bei den Steuern für den einmal mehr guten städtischen Rechnungsabschluss verantwortlich. Diesbezüglich liegt mithin - wie bereits eingangs erwähnt eine sehr ähnliche Situation wie im vergangenen Jahr vor. Die GPK weist indessen klar darauf hin, dass es finanzpolitisch durchaus richtig ist, die Steuererträge bewusst tief zu budgetieren.

Betreffend Investitionsrechnung nimmt die GPK zustimmend zur Kenntnis, dass die Nettoinvestitionen im Jahr 1998 gegenüber den letzten drei Jahren endlich wieder gestiegen sind und mit Fr. 24,6 Millionen um mehr als Fr. 10 Millionen höher liegen, als im vergangenen Jahr. Dass auch 1998 der budgetierte Umfang nicht vollumfänglich erreicht werden konnte, entspricht einer gleichbleibenden Erfahrung der letzten Jahre und ist vorab auf die Verzögerungen beim Alters- und Pflegeheim Neustadt, der Eishalle Herti und den letzten Seeuferinvestitionen zurückzuführen. Der Selbstfinanzierungsgrad von fast 80% liegt deutlich tiefer als in den vergangenen

Jahren, ist aber unserer Ansicht nach im Vergleich zu anderen Gemeinwesen immer noch als äusserst komfortabel anzusehen.

Die zur Diskussion stehende **Bestandesrechnung per 31.12.1998** zeigt unseres Erachtens ebenfalls eine positive Tendenz, konnten doch die - notabene teuren mittel- und langfristigen Schulden um rund Fr. 10 Millionen reduziert werden. Durch diese Rückzahlungen senkten sich natürlich auch die - wohl zur Zeit relativ schlecht platzierbaren - flüssigen Mittel der Stadt Zug, was aufgrund der Zinsdifferenzen gesamthaft zu einer Verbesserung der Rendite führte. Leider hat die Stadt Zug heute immer noch einiges an langfristigen Schulden mit einem Durchschnittszins von 4.5% laufen. Die GPK zeigt sich indessen erfreut, dass ihre Ratschläge der letzten Jahre betreffend eine Optimierung des "cash-managements" vom Stadtrat gehört und zum Teil in die Tat umgesetzt wurden. Sodann war man sich mit dem Finanzpräsidenten einig darin, dass die Stadt Zug bis auf weiteres keine vorgezogenen Fremdfinanzierungsaktionen mehr starten soll.

Die Zusammenfassung, wie sie auf Seite 5 des stadträtlichen Verwaltungsberichtes dargestellt wurde, nimmt die GPK zustimmend zur Kenntnis. Betreffend Stabilisierung des beeinflussbaren Aufwandes erhoffen wir uns für das Jahr 1999 vom Stadtrat und der gesamten Verwaltung eine noch grössere "Treffergenauigkeit"!

#### B) Präsidialabteilung (VB S. 11 - 26; VR S. 12 sowie 18 - 20)

Diese Abteilung, welche sich neben der Stadtkanzlei "nur" noch aus den Stabsstellen Rechtsdienst, Personaldienst, Controlling/Revision, EDV-Support und Kultur zusammensetzt, wurde vom GPK-Mitglied W. Golder näher geprüft. Der Gesamtkommission stand erstmals Stadtpräsident Chr. Luchsinger zusätzlich Red und Antwort. Vor allem im Bereich EDV scheint in dieser Abteilungen einiges in Bewegung zu sein. So wird unter anderem eine Neuorientierung in der Organisation der Informatikabteilung angestrebt. Chr. Luchsinger wies im übrigen darauf hin, dass nicht weniger als drei Stellen der Präsidialabteilung neu besetzt worden seien (Stadtschreiber und Kulturbeauftragte) bzw. demnächst neu besetzt würden (Controller). Die neuen Leute hätten sich bisher gut eingearbeitet. In Zukunft sollen die Funktionen Leitung Informatik und Controlling vermehrt Aufgaben in der Gesamtorganisation der Stadtverwaltung Zug

wahrnehmen, was eine betriebswirtschaftliche Ausbildung bei der Besetzung der zweitgenannten Stelle bedinge.

Stadtpräsident Chr. Luchsinger wurde durch die GPK stellvertretend für den Gesamtstadtrat darauf angesprochen, wie es zu den massiven Budgetüberschreitungen bei der Kostenart Beratungen und Expertisen von satten Fr. 195'198.55 oder fast 40% habe kommen können. Diesbezüglich wurde ausgeführt, der GGR sei schon bei der Unterbreitung der einschlägigen Nachtragskreditvorlage darauf hingewiesen worden, dass der gekürzte Budgetkredit von Fr. 500'000.-- nicht ausreichen werde, und dass es vorab Aufträge bzw. Beschlüsse des GGR seien, die einen derartigen Aufwand für Beratungen und Expertisen generierten.

In diesem Zusammenhang wies vor allem der Kommissionspräsident darauf hin, dass er ein solches eigenmächtiges Vorgehen des Stadtrates bzw. der Verwaltung nach einer expliziten Kürzung des Budgetrahmens sowie der ausdrücklichen Verweigerung eines entsprechenden Nachtragskredites durch den GGR schlicht nicht verstehen könne und vom Stadtrat entsprechend enttäuscht sei. Auf den Voranschlag 2000 hin erwartet die GPK für sämtliche Beratungen und Expertisen eine detaillierte Auflistung sowie einen Projektbeschrieb!

#### C) Finanzabteilung (VB S. 26; VR S. 13, 21 - 28 sowie S. 54 und 55)

Nähere Prüfungen zur Finanzabteilung, welche neben dem Abteilungssekretariat in das Finanz-, Steuer-, Liegenschaften- und Betriebsamt aufgeteilt ist, nahm unser Mitglied H.B. Uttinger vor. Fragen der Kommission beantwortete wiederum Stadtpräsident Chr. Luchsinger. Diskutiert wurde in der Kommission vor allem der geplante Einsatz des betriebswirtschaftlichen Mitarbeiters als Controller in der Präsidialabteilung, die Belastung der Mitarbeiter der Finanzabteilung durch die sich in der Schlussphase befindliche Einführung eines Qualitätsmanagementsystems mit Zertifizierung sowie die bereits eingangs erwähnte Problematik "cash-management". Gemäss Chr. Luchsinger hätten sämtliche Mitarbeiter der Finanzabteilung im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet.

Für die Zukunft beabsichtigt der städtische Finanzpräsident, den abteilungsübergreifenden Finanzplan besser in den Griff zu bekommen. Sodann ist in dieser Abteilung allenfalls in Zukunft mit einer Personalaufstockung zu rechnen.

#### D) Schulabteilung (VB S. 27 - 36; VR S. 14, 29 - 36 sowie 55 und 56)

Mit der Rechnung und dem Verwaltungsbericht der Schulabteilung, welche sich bekanntlich in die Ressorts Schulamt, Stadtschulen, Musikschule, Stadt- und Kantonsbibliothek und Sportamt gliedert, setzte sich das langjährige GPK-Mitglied M. Wickart auseinander. Am 17. Mai 1999 stand der GPK Stadträtin V. Wicky für die Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung. Die Diskussion mit der neuen Stadträtin und Schulpräsidentin ab 01.01.1999 zeigte auf, dass sich diese mit grossem Engagement und eindrücklichen eigenen Zielen auf ihre neue Aufgabe eingestellt hat. Sie habe, so V. Wicky, zu Beginn ihrer Arbeit vieles hinterfragt und seither eine grosse Anzahl interessanter Gespräche mit Lehrern, Eltern und auch Schülern führen dürfen. Für sie stehe die Qualität der Schule und Lehrer für die Zukunft im Vordergrund. Daneben ergäben sich auch vielseitige Aufgaben im Bereich der Klassen- und Schulraumplanung. Der Kommission wurde versprochen, dass sich das Schulamt weiterhin bemüht, die Klassengrössen den kantonalen Richtzahlen anzupassen. Die Personalentwicklung im Bereich Stadtschulen wird indessen auch künftig durch die GPK intensiv zu beobachten sein.

#### E) Bauabteilung (VB S. 37 - 41; VR S. 15, 37 - 41 sowie 56 - 58)

GPK-Mitglied R. Balsiger nahm im Auftrag der Gesamtkommission die Vorprüfung der Bauabteilung vor, welche neben dem Abteilungssekretariat die Bereiche Bauamt, Tiefbau (inklusive Werkhof), Hochbau Planung und Hochbau Ausführung umfasst. Stadtrat T. Gügler, der bekanntlich die Bauabteilung erst zu Beginn dieses Jahres übernommen hat, beantwortete an der GPK-Sitzung die meisten aus den Vorgesprächen noch offenen Punkte sowie auch die zusätzlichen Fragen der anderen GPK-Mitglieder. Der neue Bauchef beurteilt die Arbeit seines Amtes als grundsätzlich positiv. Der organisatorische Handlungsbedarf, den er bei der Amtsübernahme angetroffen habe, sei demnächst nicht mehr vorhanden.

Die Stimmung, weiche unter anderem auch wegen des PUK-Berichtes im Bauamt bei gewissen Leuten etwas beeinträchtigt gewesen sei, werde wieder besser

In der GPK wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt Zug bezogen auf Grösse und Einwohnerzahl immer mehr mit der Stadt Baar verglichen werden könne. Indessen seien beim Zuger Bauamt ein Drittel mehr Leute beschäftigt, als in der nördlichen

GGR Vorlage 1469.2

Seite 6/8

Nachbarstadt. Dies sei, so Stadtrat Gügler, darauf zurückzuführen, dass sowohl Raumplanung als auch die Begleitung der Stadtentwicklung in Zug komplexer seien, und zudem im Bereich Hochbau Planung in der Stadt Zug auch sehr vieles verwaltungsintern gemacht werde.

Obwohl in den letzten Jahren immer wieder Stimmen betreffend Qualität der Aufgabenerfüllung durch das Bauamt der Stadt Zug laut wurden, kam der GPK im Rahmen der Überprüfung der Rechnung und des Verwaltungsberichtes des Jahres 1998 kein konkreter Mangel oder akuter Missstand zur Kenntnis, der erwähnenswert wäre. Die Theorie bzw. Feststellung T. Güglers, dass bereits aufgrund der neuen Führung im Bauamt sich sowohl Klima als auch anscheinmässige Beurteilung von aussen verbessert hätten, hat überdies wohl ebenfalls einiges für sich!

Die GPK war sich überdies einig, dass sich die Stadt Zug auch künftig die anstehenden, äusserst teuren Sanierungen des städtischen Kanalisationsnetzes aufgrund ihrer guten Finanzlage leisten können. Was man sich indessen hierorts nicht leisten kann, ist ein Bauchef, der sich mit dem kantonalen Baudirektor überwirft. T. Gügler wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dies sei nicht seine Absicht. Das Einvernehmen des städtischen Bauamtes mit der kantonalen Baudirektion sei nach wie vor sehr gut. Sämtliche Bewilligungs- und Vorprüfungsverfahren mit dem Kanton liefen nach wie vor problemlos ab.

F) Sicherheitsabteilung (VB S. 42 - 48; VR S. 16, 42 - 49 sowie S. 58 und 59)

Die Vorprüfung der städtischen Sicherheitsabteilung (umfassend: Abteilungssekretariat, Polizeiamt, Stadtpolizei, Zivilstandsamt, Erbteilungsamt, Einwohnerkontrolle, Feuerwehr-, Militär- und Zivilschutzamt) übernahm für unsere Kommission U.B. Wyss. Anlässlich der Sitzung stand zusätzlich Stadtrat H. Christen den übrigen Kommissionsmitgliedern Red und Antwort. Bei dieser Verwaltungsabteilung fielen vorab die hohe Budgetgenauigkeit sowie die guten und umfassenden Abweichungsbegründungen auf. Auch scheint uns die Sicherheitsabteilung durch Stadtrat H. Christen sehr "beamtennah" geführt zu sein.

Auf entsprechende Fragen führte H. Christen aus, die gemeinsamen Abklärungen Stapo/Kapo seien abgeschlossen, und bis Ende Mai dieses Jahres sei mit einem entsprechenden Bericht zu rechnen. Diese Studie habe wohl zu einigen Unsicherheiten der Polizeimannschaft geführt und auch sei bis zu deren Abschluss die Stelle des städtischen Polizeikommandanten nicht noch einmal neu ausgeschrieben worden. Die Leistung des Polizeikorps sei indessen unvermindert gut. Auch die Parkraumbewirtschaftung komme weiter voran, was z.B. zu weniger Bussen und zu mehr freien Parkplätzen in der Innenstadt führe. Die Pendenzen bei der Feuerschau hätten im vergangenen Jahr abgebaut werden können. Bei der FFZ laufe zur Zeit unter anderem auch wegen Rekrutierungsproblemen - ein Optimierungsprogramm. Dabei werde auch die enge Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Baar weiter ausgebaut. Schliesslich werde eine Zusammenarbeit der Gemeinden Zug, Baar und Walchwil im Bereich des Zivilschutzes, ähnlich der ZSO Berg, geprüft.

G) SGU-Abteilung (VB S. 49 - 53; VR. S. 17, 50 - 53 sowie S. 59)

R. Corrodi nahm sich schliesslich der SGU-Abteilung, welche aus den Bereichen Vormundschaftsamt, Sozialamt, Asylantenbetreuung, Amt für Alters- und Gesundheitsfragen und Umwelt- und Sanitätsamt besteht, vor der Kommissionssitzung näher an. Stadtrat E. Spescha stand sodann der Gesamt-GPK für die Beantwortung

weiterer Fragen zur Verfügung. Vorab fällt auf, dass der Arbeitsaufwand dieser Abteilung auch im vergangenen Jahr stark anstieg. So nahm z.B. die Zahl der in der Stadt Zug wohnhaften ausgesteuerten Person von 28 auf 146 zu. Wahrscheinlich werden die Unterstützungszahlungen der Stadt Zug (Kostenstelle 625 und 626) wohl auch weiterhin anwachsen.

Im weiteren unterhielt sich die Kommission intensiv über die definitive kantonale Schlussabrechnung der VAM-Projekte. Diese gab aus verschiedenen Gründen offenbar einige Probleme auf. Sodann interessierte man sich in der GPK - wohl bereits im Hinblick auf die kommenden Budgetberatungen -einmal mehr für die konkrete und detaillierte Kostenstruktur der Beschäftigungsprojekte der GGZ. Der den Kommissionsmitgliedern diesbezüglich verteilte Jahresbericht reicht uns sicher nicht!

Abschliessend gab E. Spescha an, er werte die Arbeit innerhalb der SGU-Abteilung als gut und korrekt und stelle ein grosses Engagement im Sozial-, Vormundschafts- und Umweltbereich fest. Durch die stete Zunahme der Sozialfälle fehle es in seiner Abteilung leider an der Zeit für projektbezogene Arbeiten, so z.B. die Leistungsvereinbarungen für die Tagesheime.

#### 4. Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

Die GPK hat sich intensiv und detailliert mit der Vorlage Nr. 1469 auseinandergesetzt und die dem GGR zur Abnahme unterbreiteten Unterlagen (Rechnung und Verwaltungsbericht 1998) eingehend geprüft. Unsere Prüfung konzentrierte sich auf die gedruckte Rechnung und den geschriebenen Text. Die dahinterstehende Buchhaltung sowie die rechnerische Kontrolle wurde durch die RPK ausgeführt.

Zusammengefasst hält die GPK des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug - in Ausübung ihrer Aufsichtspflicht über den Stadtrat und die Stadtverwaltung und auch im Sinne einer finanzpolitischen Wertung - folgendes fest:

- Die Budgetüberschreitung bei der Kostenart "Beratungen und Expertisen" von sage und schreibe fast 40 % - trotz bewusster Kürzung des Budgetrahmens und Verweigerung eines entsprechenden Nachtragskredites durch den GGR ist untolerierbar. Wir sind diesbezüglich vom Stadtrat enttäuscht.
- Soweit von unserer Seite her überhaupt bzw. im Rahmen der diesjährigen Arbeit überprüf- und feststellbar, übten der Stadtrat und die ihm unterstellte Stadtverwaltung im Jahre 1998 die ihnen zustehenden Aufgaben im übrigen ordnungsgemäss aus.
- Die Finanzlage der Stadt Zug erweist sich, u.a. dank dem positiven Jahresabschluss per Ende 1998, weiterhin als äusserst solide. Das freie Eigenkapital von heute rund Fr. 135 Millionen ermöglicht der Stadt Zug, auch im Falle einer zu erwartenden, künftig weniger rosigen Ertragslage, weiterhin einen äusserst komfortablen Spielraum für neue Investitionsvorhaben und eine konstant attraktive Steuerfusspolitik.
- Die Bewirtschaftung der liquiden Mittel wurde offenkundig verbessert. Die Nettoinvestitionen haben 1998 ein akzeptables Mass erreicht.
- **Sämtlichen Beamten und Angestellten der Stadt Zug, den Lehrpersonen sowie dem Stadtrat gebührt für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit bzw. sämtliche für die Allgemeinheit geleisteten Dienste unser aufrichtiger Dank.**

#### 5. Beschlussesentwurf

##### a) Abrechnung von zehn Verpflichtungskrediten

Obwohl dieses Annexgeschäft in der Vergangenheit nie gross zu Diskussionen Anlass gab, stimmte die GPK dem entsprechenden stadträtlichen Antrag erst zu, als ihr der zugrunde liegende Stadtratsbeschluss vom 24.11.1998 sowie der dazugehörige Revisorenbericht 1/1998 vom 03.11.1998 vorgelegt worden war. Für die Zukunft wurde vereinbart, dass diese Dokumente den GPK-Mitgliedern vor der Sitzung zugestellt werden.

##### b) Streichung von Ziffer 3

Die GPK stimmte dem Antrag ihres Präsidenten, wonach Ziffer 3 des stadträtlichen Beschlussesentwurfes dem GGR zur Streichung zu beantragen sei, zu. Da die Einreichung der genehmigten Jahresrechnung in § 28 Abs. 3 des Gemeindegesetzes explizite vorgeschrieben ist, wäre der GGR gar nicht frei, dies anders zu entscheiden. Ziffer 3 erscheint daher vollkommen überflüssig.

Aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Unterlagen, in Kenntnis des einschlägigen Berichtes und Antrages des Stadtrates vom 23. März 1999 sowie desjenigen der RPK vom 22. April 1999, nach umfassender, einlässlicher und konzentriert geführter Diskussion sowie unter explizitem Hinweis auf die vorstehenden Erwägungen und das Sitzungsprotokoll stellen wir Ihnen, sehr geschätzte Damen und Herren, den nachfolgenden

Antrag:

"1. Auf die Vorlage Nr. 1469 sei einzutreten, und es seien sowohl die Verwaltungsrechnung als auch der Verwaltungsbericht des Jahres 1998 zu genehmigen.

z. Die Abrechnung der auf Seite 60 der Jahresrechnung aufgeführten zehn Verpflichtungskredite mit einem Gesamtkredit von Fr. 49'192'895.45 und Bruttoaufwendungen von Fr. 23'831'962.15 sei zu genehmigen.

3. Dem gesamten Personal der Einwohnergemeinde Zug, sämtlichen Lehrerinnen und Lehrern sowie dem Stadtrat und Stadtschreiber sei für ihre im Dienste der Stadt Zug geleistete Arbeit unser aller aufrichtiger Dank auszusprechen."

Zug, 22. Mai 1999

Geschäftsprüfungskommission des

Grossen Gemeinderates der Stadt Zug

Der Kommissionspräsident:

Marc Siegwart